

## „Brennelementexporte von Framatome Lingen nach Belgien sofort stoppen“

„Seit zwei Jahren haben wir u. a. mit renommierten Gutachten nachgewiesen, dass die unverantwortlichen Brennelementexporte von Lingen nach Belgien gestoppt werden können und müssen. Diese Forderung hat im aktuellen Koalitionsvertrag der Groko Einzug gehalten. Doch was macht das Bundesumweltministerium? Anstatt für einen Exportstopp zu sorgen, lässt es führende Mitarbeiter des Atomkonzerns und Brennelementeherstellers EDF/Framatome daran mitwirken, die belgischen Pannelemente gesundzubeten, an denen EDF zudem selbst beteiligt ist. Dass der Einfluss von wirtschaftlichen Interessen auf die nukleare Sicherheit katastrophale Folgen haben kann, wissen wir seit der Atomkatastrophe von Fukushima. Das jetzige Verhalten des Bundesumweltministeriums ist ein Skandal. Ein Kurswechsel in Sachen RSK sowie ein sofortiger Exportstopp für Brennelemente aus Lingen und angereichertes Uran aus Gronau nach Belgien sind jetzt zwingend notwendig.“ so Dr. Angelika Claußen von der Ärzteorganisation IPPNW.

<http://www.framatome.com/EN/businessnews-1145/areva-np-erhaelt-auftrag-fr-sicherheitsleittechnikprojekt-in-belgien.html>

<http://www.framatome.com/EN/businessnews-1142/rainer-hardt-wird-neuer-standortleiter-bei-areva-in-erlangen.html>

<http://www.rskonline.de/de/satzung>

<http://www.rskonline.de/de/ausschuesse>

<http://www.rskonline.de/de/zusammensetzung>

<http://www.rskonline.de/sites/default/files/reports/epanlagersk503hp.pdf>

<http://www.rskonline.de/de/stoll>

<http://www.rskonline.de/de/waas>  
<https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber-den-ta>

[g\\_hinaus/umwelt/atomlobby\\_beeinflusst\\_politik.html](http://www.framatome.com/businessnews/liblocal/docs/Plattform%20Deutschland/Fachaufs%C3%A4tze/2012/PT-2012-01-02%20106%20STOLL%20Autor-enexemplar.pdf)

<http://www.framatome.com/businessnews/liblocal/docs/Plattform%20Deutschland/Fachaufs%C3%A4tze/2012/PT-2012-01-02%20106%20STOLL%20Autor-enexemplar.pdf>

[https://www.edf.fr/sites/default/files/contrib/groupe-edf/engagements/rapports-et-indicateurs/2018/cartes/edfgroup-performance-2017\\_carte\\_nucleaire\\_en.pdf](https://www.edf.fr/sites/default/files/contrib/groupe-edf/engagements/rapports-et-indicateurs/2018/cartes/edfgroup-performance-2017_carte_nucleaire_en.pdf) ●

### Folgen von Fukushima

## Tritium-Wasser soll ins Meer verklappt werden

Das Problem der tritiumhaltigen Abwässer aus den havarierten japanischen Atomreaktoren von Fukushima Daiichi soll mit einer Verklappung ins Meer gelöst werden. Darüber berichtete Jans Proll im Spreadnews Japan-Ticker vom 14. Juli 2018. Demnach hat sich das Subkomitee der japanischen Regierung, das mit der Suche nach Lösungsstrategien zur Beseitigung der tritiumhaltigen Abwässer beauftragt ist, bei einem Treffen am 13. Juli 2018 auf die Beseitigung der Behälter geeinigt. Die Durchführung der künftigen Bergung von Brennelementen mache die Sicherstellung einer ausreichenden Fläche für die Arbeiten erforderlich, so daß eine Räumung der Lagertanks mit Tritium-Abwässern notwendig sei, heißt es. Der Öffentlichkeit soll dies im August genauer erläutert und die Notwendigkeit der Maßnahme deutlich gemacht werden. Die Beseitigung der Tanks setzte allerdings eine Zustimmung der Bevölkerung zur Verklappung der Tritium-Abwässer ins Meer voraus. Bisher besteht dagegen starker Widerstand, insbesondere Fischereiverbände fürchten Schäden für die Reputation ihrer Waren.

Auch die Verantwortlichen bei der Liberaldemokratischen

Partei (LDP) drängen die Regierung, „endlich Verständnis der Bevölkerung für die Maßnahmen zu erlangen, ohne daß diese dadurch zeitlich weiter verzögert werden“, wird berichtet.

Derzeit befinden sich 680 Lagertanks mit Wasser aus dem Kühlkreislauf, das eine extrem hohe Konzentration an radioaktivem Tritium aufweist, auf dem Gelände des Kraftwerks. Die Gesamtmenge dieser Abwässer beläuft sich auf 895.000 Tonnen, wird berichtet. Anders als etwa bei Radiozäsium und Jod existiert für Tritium bislang keine effektive Methode zur Filterung. ●

### Atompolitik

## Tokyo 2020

### Die radioaktiven Olympischen Spiele

Japan lädt die Sportler der Welt zu sich ein: 2020 sollen die Olympischen Spiele in Tokyo stattfinden. Wir hoffen auf friedliche und faire Spiele, schreibt die Ärztevereinigung IPPNW. Gleichzeitig sei man besorgt, denn auch in der Hauptstadt der Präfektur Fukushima sind olympische Wettkämpfe geplant: Baseball und Softball-Spiele sollen in Fukushima Stadt ausgetragen werden – 50 Kilometer vom havarierten Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi entfernt. 2011 kam es dort zu einem mehrfachen Super-GAU. Radioaktive Wolken verstrahlten damals Japan und den umliegenden Ozean – vergleichbar nur mit dem GAU in Tschernobyl.

Die ökologischen und sozialen Folgen sind in Japan weithin sichtbar: Entwurzelte Familien, ausgestorbene Evakuierungszonen, hunderttausende Säcke mit verstrahlter Erde, verseuchte Wälder, Flüsse und Seen. Es herrscht weiter keine Normalität in Japan.

Die havarierten Reaktoren sind noch längst nicht außer



Abb.: © Alex Rosen

Gefahr. Von ihnen geht eine anhaltende Strahlenbelastung aus; jeden Tag nimmt die radioaktive Kontamination von Meer, Luft und Boden zu. Große Mengen an radioaktivem Material befinden sich weiterhin in den havarierten Reaktorgebäuden, während auf dem Kraftwerksgelände radioaktive Materialien unter freiem Himmel gelagert werden. Dieser Zustand stellt im Fall eines erneuten Erdbebens eine große Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Die Atomkatastrophe dauert an. Es gibt keine Entwarnung.

Anlässlich der Olympischen Spiele in Japan 2020 organisiert deshalb die deutsche IPPNW eine internationale Kampagne. Die Sorge ist, dass SportlerInnen und BesucherInnen durch die Kontamination in der Region Fukushima gefährdet werden. Dies gilt insbesondere für Menschen mit erhöhter Strahlensensibilität, für Schwangere und Kinder.

Nach Schätzung der japanischen Regierung werden die Olympischen Spiele am Ende mehr als 12 Milliarden Euro Defizit kosten. Gleichzeitig droht die japanische Regierung damit, die Unterstützungsleistungen für alle nicht rückkehrwilligen Evakuierten zu streichen.

Internationale Regelungen sehen vor, dass die Bevölkerung nach einem Atomunfall lediglich 1 Millisievert (mSv) zusätzlicher Strahlung pro Jahr ausgesetzt werden darf. In den